

Antifaschistischer Stadtrundgang

1. Station Hochstr. Ecke St.Antonstr.

Ich lasse hier alles weg, was ich bereits einmal auf einem meiner Rundgänge referiert habe. Trotzdem erwähne ich hiermit die Stolpersteine für Luise und Eugen Frank. Sie wurden 1942 ins KZ Izbica deportiert von wo sie nie zurückkamen.

Hier zwischen Hochstrasse und Königstrasse war bis Anfang der 1970er Jahre die Krefelder Markthalle. In ihr gab es täglich viele Marktstände, darunter auch solche die von Juden betrieben wurden. Die Markthalle war sehr beliebt und zog jeden Tag viele tausend Menschen an. Bereits kurz nach dem 30. Januar 1933 wehten Hakenkreuzfahnen über den Ein- und Ausgängen der Markthalle.



Die jüdische Obst- und Gemüsehändlerin Johanna Peschken hatte seit 1915 ihren Stand in der Markthalle an einem der besten Plätze, nahe dem Ausgang Königstrasse. Nach 1933 wurde sie laufend von SA-Mitgliedern belästigt und beleidigt. Im August 1935 wurde sie in einem verleumderischen Artikel der "Rheinischen Landeszeitung" scharf attackiert. Sie tarnte sich mit einem Christenmädchen als Verkäuferin, mache "unsere SA und SS", ja sogar der Führer selbst verächtlich und unterhalte verdächtig enge Beziehungen zu ihrer "völlig entarteten" Angestellten. Zudem habe sie heimlich Abtreibungen vorgenommen. Scheinheilig schloss der Artikel, man wolle ja nicht dass die erboste Volksmenge die Jüdin aus der Markthalle her austreibe, aber ein Aufenthalt im Konzentrationslager könne ihr sicherlich nicht schaden. Dieser Artikel führte zu einem Strafverfahren gegen Johanna Peschken und mehreren Vernehmungen durch die Gestapo. Bei einem der Verhöre wurde ihr sogar der Name der Artikel-Verfasserin mitgeteilt – es handelte sich um ihre direkte Konkurrentin und NSDAP-Aktivistin Anna Hansmeyer. Sie war eine der treibenden Kräfte der antisemitischen Agitation in der Markthalle. Ihre Aktivitäten führten sogar zum

Selbstmord der jüdischen Inhaberin eines Metzgerstandes, Josefine Marx. Sie nahm sich am 29. August 1933 das Leben.

Johanna Peschken gab zwei Jahre nach dem Hetzartikel ihren Stand, sie hatte im Großmarkt kaum noch Ware bekommen.

Johanna Peschken versteckte sich schließlich am Niederrhein und konnte in ihrem Versteck tatsächlich bis 1945 überleben. Sie zeigte dann nach 1945 die NSDAP-Aktivistin Anna Hansmeyer wegen Verleumdung und schwerer Beleidigung an. Sie versuchte auch wieder mit einem Obst- und Gemüsestand Fuß zu fassen. Aber sie stieß auf den gleichen Widerstand derjenigen, die sie damals aus Krefeld vertrieben hatten. Auf dem Großmarkt waren noch die gleichen Händler, wie während der Nazi-Herrschaft, die ihr wieder kaum was liefern wollten.

Johanna Peschken konnte dann erreichen, dass das Amt für Wiedergutmachung sie mit der Belieferung von Obst- und Gemüse an NS-Verfolgte beauftragte, die von Amt betreut wurden. So fand sie eine bescheidene Existenz.

Ein wichtiges Ziel des Hasses der Krefelder NSDAP war Adolf Berets. Berets betrieb an der Ecke Rheinstrasse Lohstrasse ein beliebtes Delikatessengeschäft und er hatte auch einen Stand in der Markthalle. Bereits 1933/34 wurde er auf betreiben der NSDAP dreimal wegen angeblicher Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz angezeigt und zu Geldstrafen verurteilt. Im Juli 1935 wurde Berets von einem NSDAP-Mitglied bei der Marktaufsicht angezeigt. Er habe versucht seinen jüdischen Namen zu verbergen versucht, indem er das obligatorische Eigentümerschild an seinem Marktstand mit Salatköpfen verdeckte. Ein absurder Vorwurf, da Berets seit Jahrzehnten in Krefeld weithin bekannt war.

Im zweiten Anlauf gelang es der NSDAP dann Berets aus der Markthalle zu vertreiben: Ein Parteigenosse habe beobachtet, wie dieser seine Pflurische mit derselben Bürste poliert habe, die er zuvor für seine Schuhe verwendet hatte. Obwohl ein Standnachbar dazwischen ging, folgte die Markthallenleitung der Anzeige und schloss Berets Stand aus lebensmittelhygienischen Gründen.

Über den Ausschluß aus der Markthalle berichtete ein Artikel der "Rheinischen Landeszeitung" unter der Überschrift "Jüdischer >Quark<", indem Berets vorgeworfen wurde, gewöhnlichen Quark als Vollfettkäse verkauft zu haben. Damit bebilderte man die Schilderung der "typisch jüdischen" Geschäftstätigkeit, die die deutschen Kunden betrüge.

Wenige Tage später ging ein Leserbrief bei der "Landeszeitung" ein - mit angeblich Berets als Absender. Darin wurde die parteiamtliche Zeitung als "Vollfettkäseblatt" bezeichnet und vorgeschlagen, die von der NS-Volkswohlfahrt gesammelten Spenden statt in die Rüstung doch lieber in die Unterstützung Bedürftiger zu stecken. Zu dem angeblich getarnten Namensschild in der Markthalle hieß es: *"Wenn in ihren Ohren außerdem der Name Berets schon so furchtbar jüdisch klingt, so dürfte ich wohl mit Recht auf Namen rein arischer Führer hinweisen – oder sollten diese vielleicht getarnte Judensprösslinge sein? - die bestimmt viel jüdischer riechen als der meine, z.B. Rosenberg, Sonnemann, Rübenach, Adamowski usw. Es wäre daher wohl diesen 100%igen zu empfehlen, ihre Namen schleunigst mit Salatkisten und Rollmöpsen zu*

tarnen, um nur ja nicht in Misskredit zu geraten." Adolf Berets wurde darauf von der Gestapo verhört, aber er bestritt etwas mit dem Brief zu tun zu haben, es sei auch nicht seine Handschrift. Erstaunlicherweise wurde die Sache nicht weiterverfolgt, wahrscheinlich weil Berets niederländischer Staatsbürger war und die Nazis zu der Zeit noch die Niederlande als Handelspartner brauchten. In anderen Fällen sind Menschen wegen weit harmloserer Verdächtigungen in Haft genommen worden. Die NSDAP arbeitete sich aber weiter an Berets ab, der schließlich sein Geschäft schloss und 1935 in die Niederlande übersiedelte.



Hier gegenüber war früher das „Kaufhaus Leonard Tietz“. Es gehörte zu einer Kaufhauskette mit jüdischen Besitzern. Es war ein beliebtes Kaufhaus mit einem großen Dachgarten, wo man sitzen Kaffee trinken oder etwa essen konnte. Bereits im März 1933 wurde der Aktienkurs der Tietz AG von der Dresner Bank willkürlich herabgesetzt. Die Inhaber wurden

gezwungen ihre Aktien zu einem sehr niedrigen Wert zu verkaufen. Sie flohen danach in die Niederlande. Im Juni 1933 teilten sich Commerzbank, Dresdner Bank und Deutsche Bank die Aktien und benannten das Unternehmen um in "Westdeutsche Kaufhof AG".

Hier direkt in der Nähe, Kolsterstr. 4, wohnte der Kommunist Jakob Busch. Er war Schmied von Beruf. Er wurde 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Gefängnis verurteilt, konkret vorgeworfen wurde ihm die Verbreitung illegaler Flugblätter der KPD.

2. Station Friedrichsstrasse 29

Die Sparkasse Krefeld hatte zunächst ihre Zentrale hier im Floh'schen Haus. 1934 errichtete sie dann hier, auf der Grundstück der damals abgerissenen Schefflerschen Klinik einen Erweiterungsbau für die neue Zentrale. Der Grundstücksverkauf Nr. 29 war aber nicht einfach das Ergebnis freiwilliger Verhandlungen. In seiner Eröffnungsansprache merkte der Sparkassendezernent Dr. Helms damals an: „*Erst als der Eigentümer des Hauses Nr. 29 sich entschloss, Krefeld endgültig zu verlassen, kam es zum Kauf.*“ Das war nichts als eine Umschreibung einer "Arisierung". Und es war nicht die einzige, an der die Sparkasse profitierte, auch die Zweigstelle Spröentalplatz fand seinen Platz in einem "arisierten" Haus. Dort fand auch der Sparkassendirektor Alfons Heinen eine großzügige Wohnung. Architekt der neuen Sparkassenzentrale an der Friedrichsstrasse war Hugo Lechmig, NSDAP-Parteigenosse und Ratsherr. Hatte in der alten Kassenhalle noch ein abstrakt gestaltetes Buntglasfenster des bekannten Künstlers Campendonk für Licht gesorgt, prangte nun ein monumentales Glasfenster im typischen

Naturalismus der Nazi-Zeit

am Kopfende der Kassenhalle. Sparkassen-Direktor Heinen stimmte dann auch, in seiner Eröffnungsrede hehre Worte an, über die „großen nationalsozialistischen Ziele, die unserer Wirtschaftsführung vorschweben“.

1940 wurde dann in der Kassenhalle noch eine Hitler-Büste aufgestellt.

Ab Mitte 1939 wurden alle Konten von Juden in Sperrkonten umgewandelt, es dürfen nur noch Steuern, Strom etc. frei überwiesen werden, daneben gab es einen monatlichen Freibetrag, der einmal im Monat bar abgehoben werden durfte. Regelmäßig wurden die bestehenden

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Düsseldorf
Außendienststelle Krefeld

Krefeld, den 28. April 1942
Goethestr. 108
Fernsprecher Nr. 22167

- II B 4 - An die
Stadt - Sparkasse
in Krefeld.

Betreff: Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit.
Vorgang: Schreiben vom 24.4.1942 - Le/K.-
Anlagen: 1 Liste.

Die in der Anlage mit rot unterstrichen aufgeführten Juden haben nach § 2 und 3 der elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 26.11.1941 die deutsche Staatsangehörigkeit verloren.

Im Auftrage:
gez. Schmitz

Beglaubigt:
Schütz.-Angest.

"Judenkonten" (so hieß das bei der Sparkasse), aus eigener Initiative der Sparkasse hausintern daraufhin überprüft, ob gegen ihre Inhaber eine Sicherungsanordnung vorliege. Wo dies nicht der Fall war, informierte die Sparkasse die Behörden und löste damit in zahlreichen Fällen eine Verhängung einer Kontensperre überhaupt erst aus.

Wozu das alles führte zeigt z.B. der Fall Bertha Seligmann. Sie war 76 Jahre alt, ehemalige Näherin, unverheiratet, erwerbsunfähig und lebte in großer Armut. Ihre Tante Dr. Leven war ins Ausland geflüchtet und hatte noch ein Guthaben bei der Sparkasse. Sie beabsichtigte ihre Tante daraus mit monatlich 50 RM zu unterstützen. Sie wandte sich an die Devisenstelle die für solche Konten zuständig war und diese gab die Zustimmung für die monatliche Unterstützung. Die Sparkasse ließ sich jedoch Zeit, ignorierte die Befreiung der Zahlung von der Genehmigungspflicht und reichte einen Monat später einen Genehmigungsantrag bei der Devisenstelle für die monatlichen Zahlung von 50 RM an Bertha Seligmann ein. Erst als die Devisenstelle erneut bestätigte, die Beträge könnten ohne Genehmigung ausgezahlt werden, erhielt Frau Seligmann erstmals die ihr zugedachte Zahlung. Die Sparkasse stellte die Zahlungen aber nach einiger Zeit wieder ein. Die Kontoinhaberin intervenierte daher erneut bei der Devisenstelle. In den Brief heißt es: "Die Kreissparkasse erklärt sich zur Weiterzahlung außerstande, da das Finanzamt in Krefeld (Steuer Nr. 78/281) die Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung ablehnt, obwohl Fräulein Dr. Leven keinerlei Steuerschulden hat". Die Devisenstelle hielt sich in ihrer Antwort bedeckt, es sei Aufgabe des kontoführenden Instituts, erforderliche Bescheinigungen zu beantragen.

Wie es mit der Sparkasse weiterging ist nicht mehr festzustellen und ob Bertha Seligmann in den eindreiviertel Jahren, die ihr noch blieben bis zur Deportation in das KZ Theresienstadt, noch Zuwendungen von dem Konto ihrer Nichte bekommen hat, ist unklar.

Auch bei der "Arisierung" jüdischen Vermögens bot die Stadtsparkasse hilfreiche Kooperation. Einer der Arisierer meinte, es sei *"vor allem Herr Direktor Heinen gewesen, der bei allen Verhandlungen großes Verständnis und großes Entgegenkommen zeigte"*.

Der Sparkassendirektor Alfons Heinen behauptete 1946 vor der Entnazifizierungsbehörde: *"Von jeher bin ich bestrebt gewesen, jede Politik aus der Sparkasse herauszulassen."* Schon das war eine seltsame Argumentation, denn mit Dr. Carl Everhardt und IHK-Präsident Walter Feltgen waren zwei führende Krefelder Nazis im Sparkassenvorstand, wie da "die Politik heraushalten"? NSDAP-Mitglied Alfons Heinen behauptete im Entnazifizierungsverfahren sogar, er habe *"aktiven Widerstand"* geleistet.

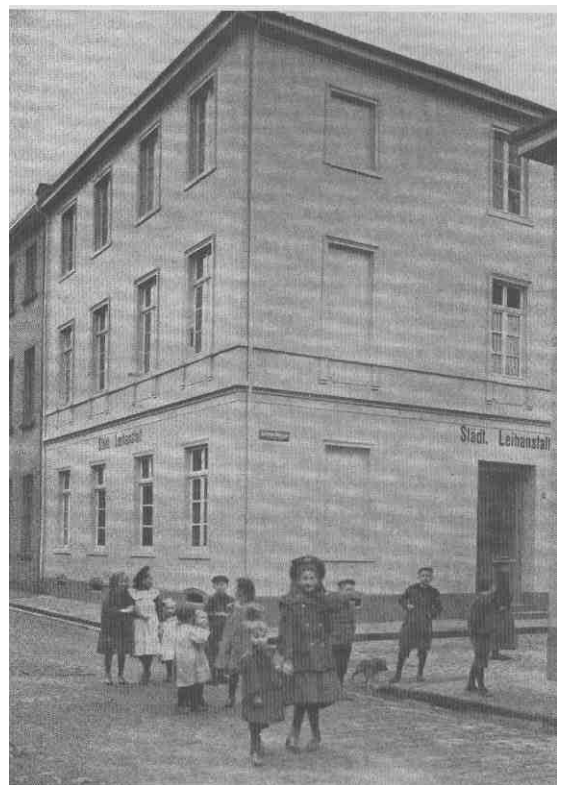
3. Station Gartenstrasse Ecke Königstrasse

Im Februar 1939 wurde eine "zwangsweise Abgabe aller Wertgegenstände aus jüdischen Besitz" angeordnet. Schmuck und alle Gegenstände aus Edelmetall mussten von den Juden abgeliefert werden. Für viele war das sehr bedrückend, etwa den ererbten Familienschmuck oder einen alten Silberkerzenleuchter abgeben zu müssen.

Die Aufgabe diese Gegenstände einzusammeln war den kommunalen Pfandleihanstalten übertragen worden. In Krefeld befand sich das Städtische Leihamt auf der Gartenstr. 20.

Dazu richtete man zunächst eine "Sonderöffnungszeiten" für Juden ein, um die Trennung zum normalen Dienstbetrieb zu erreichen. Für die Gegenstände bekamen die Eigentümer nur einen sehr geringen Bruchteil des tatsächlichen Wertes auf ihr Sperrkonto überwiesen. Die einzigen Wertgegenstände die Juden 1939 noch besitzen durften, waren die Trauringe. Da der Andrang auf der Gartenstr. während der "Judengeschäftszeiten" zu groß wurde, ging man hin ab Ende März an den Nachmittagen den normalen Leihhausbetrieb ganz einzustellen. Es bildeten sich lange Schlangen. *"Schon viermal war ich im Leihhaus, um mein Silber abzugeben"*, berichtete Marianne Feder am 28.

März ihrer Tochter nach Palästina, *"es ist aber eine derartige Fülle von Menschen, dass*



man viele Stunden stehen muß, bevor einem die Last abgenommen wird und das kann ich in meinem Alter nicht aushalten." Die Jüdin Sidonie Levy erinnerte sich später: *"Ich werde nie vergessen, daß von dem Angestellten der Anstalt ein großes Silbertablett, das Herrn Max Hirsch gehörte, über dem Knie in zwei Teile zerbrochen wurde."*

Auf der Gartenstr. 17 befand sich die Schreinerei J. Hamacher. Auf ihrem Gelände gab es ein Zwangsarbeiterlager.

4. Station Nordwall Ecke Gartenstrasse

Hier gegenüber war bereits damals das Gebäude der Industrie- und Handelskammer. Es war der Krefelder Nazi-OB Aloys Heuying (er war OB während der ganzen Naziherrschaft) zuvor als Geschäftsführer des Verbandes der Metallindustriellen auch IHK-Vorstandsmitglied gewesen. Und er wurde 1933 OB auf aktives Betreiben des IHK-Präsidenten Walter Feltgen.

Ich spare es mir auch die aktive Beteiligung der IHK an der Brandstiftung der jüdischen Synagoge in der Pogromnacht darzustellen. Das habe ich bereits früher gemacht und es ist nachzulesen.

Die IHK spielte eine maßgebliche Rolle bei der "Entjudung" der Krefelder Wirtschaft. Der stellvertr. Hauptgeschäftsführer der IHK Krefeld, Dr. Flick, war zugleich "Arisierungsbeauftragter" des Gauwirtschaftsberaters der NSDAP Amon. Die IHK begann nun mit der systematischen Erfassung der "jüdischen" Gewerbebetriebe in ihrem Bezirk. Sie spielte dabei die Rolle des Vermittlers zwischen interessierten Betrieben und den Behörden. Sie hatte zudem alle Kaufangebote für "jüdische Betriebe" zu begutachten und der NSDAP eine entsprechende Empfehlung zu geben. Dabei war das Votum der IHK offenbar entscheidend. Die IHK prüfte auch die "politische Eignung" der Kaufinteressenten und votierte gegen Interessenten die keine Nazis waren. So schied im Oktober 1938 z.B. der Kaufmann Clemens Hettlage für eine Übernahme des Modehauses Hirsch am Neumarkt aus – die IHK gab einem Parteimitglied den Vorzug, obwohl der wesentlich weniger anbot. Die Kaufverträge wurden von dem "Arisierungsbeauftragten" Dr. Flick nicht erst im Nachhinein geprüft, sondern aktiv mitgestaltet. So intervenierte die IHK bei angeblich überhöhten Wertansätzen der "jüdischen" Besitzer und wies die Kaufverträge zurück. So versicherte die IHK schriftlich: *"Der Firmenwert soll nicht bezahlt werden, weder offen noch verdeckt."*

5. Station Friedrichplatz Ecke Sternstrasse

Die Sternstrasse wurde am 20.4.1933 in "Horst-Wessel-Straße" umbenannt. Damit sollte an einen SA-Mann (und Kleinkriminellen) erinnert werden der vor 1933 – in einem privaten Streit – von einem KPD-Anhänger erschlagen wurde. Er galt bei den Nazis als großer Märtyrer.

Bereits bald nach der Kanzlerschaft Hitlers 1933 warben 32 Geschäfte und Gaststätten gemeinsam in einer großen Zeitungsanzeige unter dem Titel "Wo kauft, verkehrt und laßt der Nationalsozialist arbeiten im Krefelder Nordbezirk?" Eine der hier so werbenden war die Brauerei Gleumes.

Auf der Fabrikstrasse 12 besaß der jüdische Diamanthändler Arnold Hecht ein kleines Haus. Er musste es zum Einheitswert von 5500 RM verkaufen, weit unter Wert.

Am Friedrichsplatz 13 Ecke Nordwall besaß der Textileinzelhändler Max Servos Haus und Ladenlokal. Es wurde während der Pogromnacht überfallen und demoliert. Ihm selbst war es gelungen, sich der Verhaftung durch die Gestapo zu entziehen, indem er sich auf dem Hausdach versteckte. Danach tauchte er mehrere Wochen lang bei Verwandten außerhalb von Krefeld unter.

Servos hatte seine Firma in einem notariellen Vertrag an seine nichtjüdische Ehefrau überschrieben. Ende 1938 focht der Zwangsabwickler Dr. Everhardt diesen Vertrag jedoch gerichtlich an. Dabei kontrolliert Dr. Everhardt die Post und unterschlug die gerichtliche Ladung an die Ehefrau Servos zu dem Verfahren. Da sie vor Gericht nicht erschien, war der Überschreibungsvertrag nichtig. Servos hatte in seinem Haus auch noch zwei Mieter. Diese erklärten damals, man hätte es nicht nötig an einen Juden Miete zu bezahlen. Da er als Jude damals nicht mehr klagen konnte, blieb es dabei.

Max Servos überlebte das "3. Reich" und konnte sich danach wieder als Einzelhändler etablieren.

Hier die Ecke herum, auf der Luth.-Kirch-Str. 72 wohnte der Kommunist Ferdinand Baier. Er wurde 1935 wegen Betätigung für die KPD und Beherbergung eines KPD-Kuriers verurteilt.



Dr. Hugo Kaufmann war Rechtsanwalt, seit 1913 Stadtverordneter der DVP, dekoriertes Mitglied des 1. Weltkrieges und Gründungsmitglied des Krefelder Anwaltsvereins. Seine Wohnung und Praxis befand sich in seinem Haus Nordwall 75.

Am 30. November 1938 wurden die Juden vom Justizbereich ausgeschlossen, sie durften nicht mehr Anwalt sein. Einige Anwälte bekamen eine Zulassung als "Konsulenten", d.h. sie durften zwar nicht mehr "arische" Personen vertreten, aber immerhin für Juden als "Rechtsberater" gegenüber Gericht und Verwaltung tätig werden. Hugo Kaufmann bekam eine solche "Konsulentenschaft". Sein Haus wurde zu einem "Judenhaus" gemacht, das war die Krefelder Variante des Gettos. Da nun immer mehr Juden in sein Haus eingewiesen wurden, wurde sein Wohn- und Praxisbereich auf wenige Quadratmeter zusammengedrängt. Dort wurde gewohnt, gegessen und geschlafen, die Akten irgendwo untergebracht und Schriftstücke aufgesetzt. In den Monaten bis zu seiner Deportation muß er so eine enorme Arbeitsleistung erbracht haben, sieht man heute, für wie viele er sich einsetzte.

Schließlich wurde er mit seiner Frau ins KZ deportiert, wo beide umkamen. Sein Sohn Georg konnte noch 1939 nach England emigrieren, wo er überlebte. Vor seinem ehemaligen Haus erinnern heute Stolpersteine an die Familie.

6. Station Nordwall Ecke Hubertusstrasse

Auf der Hubertusstr. 202 war die Gaststätte Ebben. Sie war ein Schwulentreff in Krefeld. Homosexuelle waren schon früh ein Haßobjekt der Nazis. Der Homosexuellen-Haß Himmlers trug pathologische Züge. So waren Homosexuelle auch in Krefeld Opfer von Verfolgung. Im KZ trugen sie den "rosa Winkel". Im März 1938 war die Gaststätte Ebben Ziel einer großen Razzia der Gestapo.



Auf dem Nordwall 113 befand sich die Krawattenfabrik Wwe. F. Hertz, eines der ältesten Krefelder Unternehmen, 1864 gegründet. Die Fa. Hertz hatte erheblich Schulden für Lieferungen bei der Verseidag, aber auch ein großes Warenlager, dass diese Schulden mehr aus ausglich. Die Verseidag war nun an

einer „Arisierung“ interessiert. Die IHK wies eine mit der Verseidag ausgehandelte Übernahmebilanz zurück, „wegen angeblich überhöhter Absätze für Warenlager, Maschinen, Auto, Dieselmotoranlage und andere Aktiven“. In dem neuen Kaufvertrag vom 1 Juli 1938 wurde eine Übernahmebilanz zugrundegelegt, bei der ein Fehlbetrag von rd. 50.000 RM blieb. Adele Hertz erhielt also nicht nur keinerlei Kaufpreis für ihre Firma, sie musste vielmehr noch eine erhebliche Summe draufzahlen. Helmut Hertz emigrierte im Oktober 1938, seine Mutter Adele's Emigration verzögerte sich doch, Sie mußte eine in ihrem Besitz befindlich Immobilie an die Verseida überschreiben, zur Tilgung der „Schulden“ und von Steuerschulden. Dann gelang es ihr auch in Ausland zu kommen. Für die Verseidag hatte sich das alles gelohnt. In den folgenden Jahren verdiente sie mit der Krawattenfabrik beträchtliche Gewinne.

7. Station Nordwall Ecke Steinstrasse

In dem Haus Nordwall 125 war in der Weimarer Republik die Krefelder Zentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Am 2. Mai 1933 wurde der ADGB von den Nazis verboten. SA-Leute stürmten das Gewerkschaftshaus in Krefeld. Einen Teil der Akten und Bücher warfen sie auf die Straße vor dem Haus und verbrannten sie. Sozusagen unter den Augen des Gerichtes. Die Gewerkschaftsmitarbeiter wurden verprügelt.

Weiteres habe ich bereits in der Vergangenheit ausführlich behandelt und kann in der Broschüre nachgelesen werden.

Gerichtsgebäude, Nordwall 131. Auch hierzu heute ein Kurzfassung.

Das Gerichtsgebäude am Nordwall war die 2. öffentliche Einrichtung in Krefeld, über die direkt am 6. März 1933 die Hakenkreuzfahne aufgezogen wurde. Was sicherlich symbolisch bedeutsam ist. Auch wurden hier als erste die jüdischen Mitarbeiter und Amtsträger herausgedrängt.

Hier im Gerichtsgebäude fanden nach 1933 auch verschiedene politische Prozesse statt. So im Jahr 1935 gegen Aurel Billstein und andere Kommunisten.

Dem Krefelder Amtsgericht angegliedert wurde in April 1933 das

Erbgesundheitsgericht. Dieses Gericht, zusammengesetzt aus Berufsrichtern, beamteten und niedergelassenen Ärzten, entschied auf der Basis von Stellungnahmen der Amtsärzte in über 1000 Fällen, daß Menschen zwangsweise zu sterilisieren seien. Angeblich war nicht erwarten, daß ihre Nachkommen den Anforderungen der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft entsprechen würden. Die Urteile betrafen körperlich oder geistig behinderte Menschen oder soziale Außenseiter, sofern sie arm und ungebildet waren. Die Operationen wurden von Ärzten in den Städtischen Krankenanstalten durchgeführt. Zum Teil mussten die Betroffenen mit Hilfe der Polizei in das Krankenhaus gebracht werden. Einige der behinderten Patientinnen und Patienten gerieten nach 1939 in das NS-Programm zu Eufanasie und wurden als lebensunwertes Leben ermordet.